



Landeshauptstadt
Potsdam

Bürgerhaushalt in Potsdam 2006



Entwurf



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister
Konzept: Zentrale Steuerungsunterstützung
Inhalt: Bereich Haushalt und KLR

www.potsdam.de

Auf dem Weg zur Bürgerkommune:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2006

Übersicht über wichtige Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

in den nächsten Wochen wird in unserer Stadt, in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Fraktionen und Ausschüssen der Haushalt der Landeshauptstadt für das Jahr 2006 beraten. Um Ihnen auch in diesem Jahr wieder die Möglichkeit zu geben, auf der Basis von konkreten Zahlen diese Diskussionen beurteilen und mitreden zu können, möchten wir Ihnen mit dieser Broschüre erneut wichtige Eckpunkte des Haushaltsentwurfes vorstellen.

Woher kommen unsere Einnahmen? Wofür gibt unsere Stadt das Geld aus? In welchen Bereichen sind Investitionen vorgesehen? Wie hoch sind die Schulden unserer Stadt wirklich? Diese Fragen möchten wir Ihnen mit der Broschüre für den Haushaltsentwurf 2006 beantworten und hoffen, damit Ihr Interesse am Haushalt Ihrer Landeshauptstadt Potsdam wecken zu können.

Für das Haushaltsjahr 2006 hat sich die Stadt auf ihrem Weg zum Bürgerhaushalt viel vorgenommen. Informationsveranstaltungen tragen dazu bei, Sie in die Diskussion um konkrete Maßnahmen einzubeziehen. Ihre Vorschläge und Anregungen werden für die Haushaltsberatungen der Fraktionen und Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt.

Aktuelle Informationen zum Thema Bürgerhaushalt und Bürgerkommune finden Sie auch im Internet unter www.potsdam.de.

Mit freundlichen Grüßen

Jann Jakobs

Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Potsdam

Burkhard Exner

Beigeordneter für Zentrale Steuerung
und Service

6 Kleines Haushalts-ABC

Beiträge

Beiträge sind Geldleistungen zur Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen ohne die laufende Unterhaltung und Instandsetzung. Bei Straßen, Wegen und Plätzen dürfen Beiträge auch zu deren Verbesserung genutzt werden.

Finanzplanung und Investitionsprogramm

Die Finanzplanung bezieht sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren (das erste Jahr ist das Haushaltsjahr) und ist die Grundlage der Haushaltswirtschaft. Sie enthält alle voraussichtlichen Ausgaben der künftigen Jahre und die zu ihrer Deckung erwarteten Einnahmen. Das Investitionsprogramm ist die Basis der Finanzplanung. Darin aufgenommen sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Baumaßnahmen (Investitionen) und Investitionsförderungsmaßnahmen mit entsprechenden Teilbeträgen.

Gebühren

Gebühren sind Entgelter, die für eine spezielle Gegenleistung einer Behörde erhoben werden, z.B. für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen.

Haushaltsausgleich

Die Städte und Gemeinden sind gesetzlich dazu verpflichtet, jährlich einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, die Einnahmen und Ausgaben sollen gleich hoch sein. Kann dieses Ziel nicht erreicht werden, muss die Gemeinde ein Haushaltssicherungskonzept für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufstellen.

Haushaltsplan

Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr (= Kalenderjahr) erwarteten Einnahmen und geplanten Ausgaben für die Erfüllung der städtischen Aufgaben. Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Stadt. Eine Veranschlagung von Finanzmitteln (z.B. Zuschüssen) begründet jedoch keinen Rechtsanspruch Dritter.

Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung gibt dem Haushaltsplan als Ortsrecht seine Rechtsverbindlichkeit. Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des Haushaltes, die Höhe der Kredite und Verpflichtungsermächtigungen, der Höchstbetrag der Kassenkredite und die Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer werden mit der Haushaltssatzung festgesetzt.

Investitionen

Ausgaben für die Veränderung des Anlagevermögens, z.B. Baumaßnahmen.

Rücklagen

Die Rücklagen enthalten Beträge, die für geplante Ausgaben (Investitionsmaßnahmen) und zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Stadt angespart werden. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den Sonderrücklagen (beschränkte zulässige Rückstellungen für laufende Ausgaben) und der allgemeinen Rücklage (für die Zwecke der Haushaltswirtschaft). Die allgemeine Rücklage soll sicherstellen, dass die Ausgaben rechtzeitig getätigt werden. Außerdem sollen Mittel für Ausgaben des Vermögenshaushaltes (Baumaßnahmen) angehäuft werden, um eine unvertretbar hohen Kreditbedarf zu vermeiden.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt umfasst alle Einnahmen und Ausgaben, die das städtische Vermögen und die Schulden der Stadt verändern. Auf der Einnahmeseite sind z.B. die Zuführung vom Verwaltungshaushalt, Erlöse aus dem Vermögensverkauf, Entnahmen aus Rücklagen, Krediteinnahmen und Zuweisungen für Baumaßnahmen enthalten. Die Tilgung von Krediten, die Ausgaben für Baumaßnahmen (Investitionen) und Investitionsförderungsmaßnahmen, Verpflichtungsermächtigungen, die Zuführung zum Verwaltungshaushalt und die Zuführung an Rücklagen gehören zu der Ausgabenseite.

Verpflichtungsermächtigungen

Durch Verpflichtungsermächtigungen wird die Verwaltung ermächtigt, Verpflichtungen zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen für spätere Jahre einzugehen. Die Zahlungen finden also in einem späteren Jahr statt und belasten nicht das Haushaltsjahr selbst. Dazu gehören Aufträge für Baumaßnahmen, die sich über zwei oder mehrere Jahre erstrecken.

Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt enthält alle laufenden Einnahmen wie Abgaben (Steuern, Gebühren und Beiträge), Entgelte, Zuweisungen (z.B. vom Land) und die laufenden Ausgaben wie Zinsen, Verwaltungs- und Betriebsausgaben, Personalkosten und Umlagen.

Zuführung an den Vermögenshaushalt

Einnahmen, die im Verwaltungshaushalt zur Deckung der Ausgaben nicht benötigt werden, müssen dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Die Zuführung muss mindestens so hoch sein, dass damit die ordentliche Tilgung von Krediten und die Kreditbeschaffungskosten gedeckt werden können. Es sollen darüber hinaus Mittel zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes erwirtschaftet werden.

Zuweisungen

Die Mittel, die vom Land Brandenburg oder vom Bund für z.B. Baumaßnahmen gezahlt werden.

Inhaltsverzeichnis

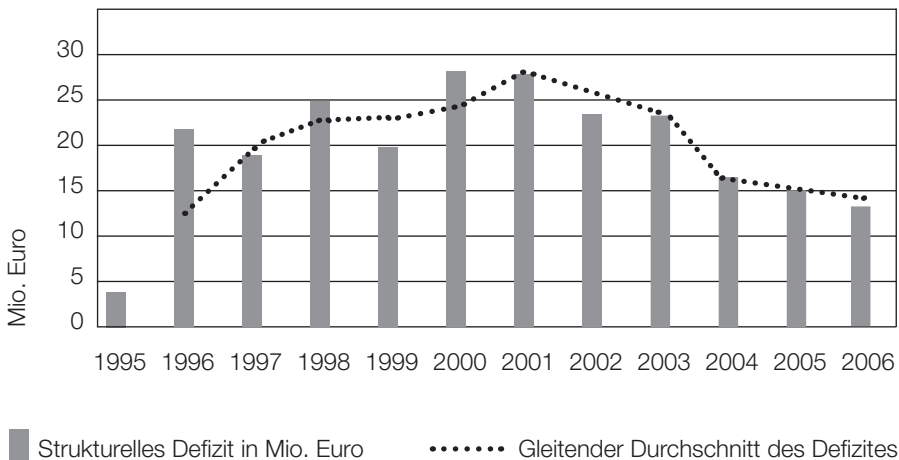
1 Der Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam 2006	2
Wie steht es um die Finanzen der Landeshauptstadt?	
Wie wird der Haushaltsplan 2006 aufgestellt?	4
2 Städtische Einnahmen und Ausgaben im Überblick	5
Wie entwickelt sich die Bevölkerung der Landeshauptstadt?	5
Woher bezieht unsere Stadt ihre Einnahmen?	6
Welche Steuerhebesätze enthält die Haushaltssatzung?	6
Wofür gibt unsere Stadt ihr Geld aus?	7
Wie entwickeln sich die Personalstellen in der Verwaltung?	7
Der Haushaltsbaum	8
3 Haushalts- und Kennzahlen zu Schwerpunktaufgaben	9
Soziale Sicherungsleistungen	9
Kindergärten	10
Schulen	11
Kultur	12
Ordnung und Sicherheit	13
4 Investitionen und Schulden	14
In welchen Bereichen des städtischen Lebens sind Investitionen vorgesehen?	14
Wie viele Schulden hat die Landeshauptstadt?	15
5 Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune	16
6 Kleines Haushalts-ABC	

1 Der Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam 2006

Wie steht es um die Finanzen der Landeshauptstadt?

„Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden!“ Diese Weisheit gilt sowohl im privaten Bereich als auch für eine Stadt wie Potsdam. Ein wichtiger gesetzlicher Grundsatz für die Haushaltswirtschaft der Stadt ist deshalb der Haushaltsausgleich. Das bedeutet, dass nur soviel ausgegeben werden darf, wie eingenommen wird.

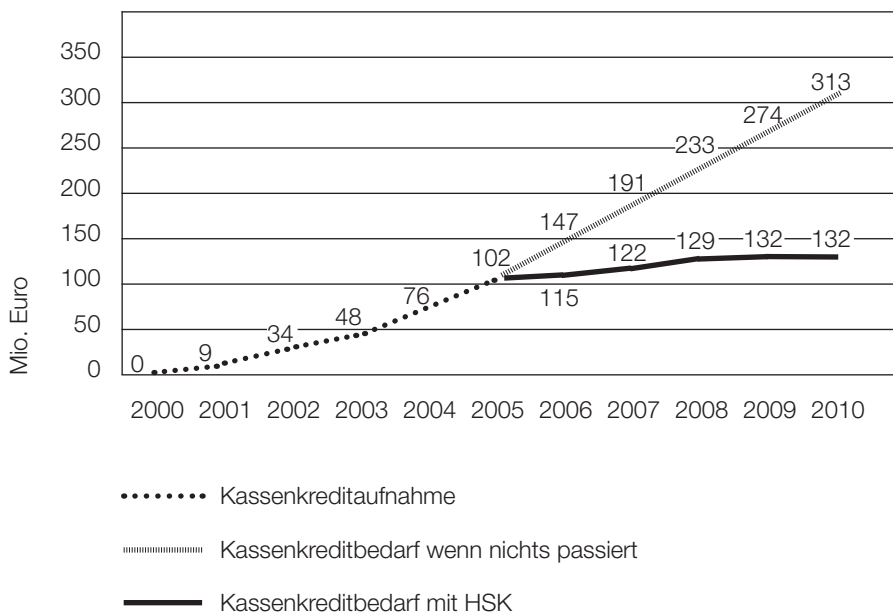
Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, weist der Haushalt einen Fehlbedarf aus. Wichtigste Kenngröße für die Beurteilung eines kommunalen Haushaltes ist das im jeweiligen Jahr „erwirtschaftete“ Defizit. In der Landeshauptstadt Potsdam wird seit 1995 der Haushaltsausgleich nicht mehr erreicht. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der jährlichen Defizite seit 1995:



Die städtischen Ausgaben sind höher als die Einnahmen. Wie konnte es dazu kommen? Viele Einnahmen und Ausgaben der Stadt sind durch Bundes- und Landesgesetze vorgeschrieben und können in ihrer Höhe nicht beeinflusst werden. Haben der Bund oder das Land Brandenburg weniger Steuereinnahmen, so wirkt sich das auf die Höhe der Landeszuweisungen, der sog. Schlüsselzuweisungen, für die Stadt Potsdam aus. Zusätzlich wurden immer mehr Aufgaben des Bundes und des Landes an die Städte und Gemeinden übertragen. Entwickeln sich die Einnahmen und Ausgaben gegenläufig, so entsteht eine finanzielle Schieflage. Um diese wieder auszugleichen, müssen Maßnahmen benannt werden, wie Einnahmen erhöht und Ausgaben gesenkt werden können. Dies erfolgt in einem Haushaltssicherungskonzept (HSK). Diese Haushaltssicherung ist immer mit unpopulären Entscheidungen verbunden. Aber ohne diese Maßnahmen würde die Stadt Potsdam noch höhere Defizite ausweisen müssen. Im Rahmen dieser

Haushaltskonsolidierung wird auch die Verwaltung selbst auf den Prüfstand gestellt. Mit Organisationsuntersuchungen wurden und werden Strukturen verbessert und Abläufe optimiert. Die Stadtverwaltung hat seit 1999 einen umfangreichen Stellenabbau vorgenommen, um die Personalkosten zu senken. Freiwillige Leistungen der Stadt mussten gestrichen und Standards gesenkt werden, aber auch Gebühren und Steuern wurden erhöht. Letztlich musste sogar städtisches Vermögen, wie z.B. Grundstücke, veräußert werden, um laufende Ausgaben finanzieren zu können.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen, das einen schrittweisen Abbau der jährlichen Defizite bis 2010 vorsieht. Die Grafik zeigt den Liquiditätsbedarf mit und ohne Konsolidierungsmaßnahmen (in Mio. EUR).



Aus der Grafik ist zu sehen, dass wir zunächst die jährlichen Defizite abbauen müssen, bevor wir die Gesamtschulden der Stadt (siehe Abschnitt 4) abbauen können. Um so wichtiger ist es, jetzt Prioritäten für die weitere städtische Entwicklung zu setzen.

Wie wird der Haushaltsplan 2006 aufgestellt?

Durch die Stadtverordnetenversammlung wird jährlich die Haushaltssatzung beschlossen. Neben der gesetzlich vorgeschriebenen Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung in die Stadtverordnetenversammlung durch den Oberbürgermeister und die Beratung und den Beschluss des Haushaltes in öffentlicher Sitzung sind für 2006 Elemente eines Bürgerhaushaltes vorgesehen. Auf drei Veranstaltungen werden die drei Phasen eines Bürgerhaushaltes: Information, Diskussion und Rechenschaft erstmals umgesetzt.

1. Juni 2005

**Eckwertebeschluss
2006**

Stadtverordnetenversammlung

Information und Umfrage zu Bürgerkommune und Bürgerhaushalt

18. Oktober 2005

**1. Veranstaltung
Bürgerhaushalt 2006**

Ziele und Prioritäten 2006

2. November 2005

**Einbringung
Haushaltssatzung 2006**

Oberbürgermeister/Kämmerer

11. November 2005

**2. Veranstaltung
Bürgerhaushalt 2006**

Diskussion und Vorschläge

Beratung der Fraktionen und Ausschüsse

Januar 2006

**Beschluss
Haushaltssatzung 2006**

Stadtverordnetenversammlung

Vorlage bei der Kommunalaufsichtsbehörde zur Genehmigung

Öffentliche Bekanntmachung = Wirksamkeit

Frühjahr 2006

**3. Veranstaltung
Bürgerhaushalt 2006**

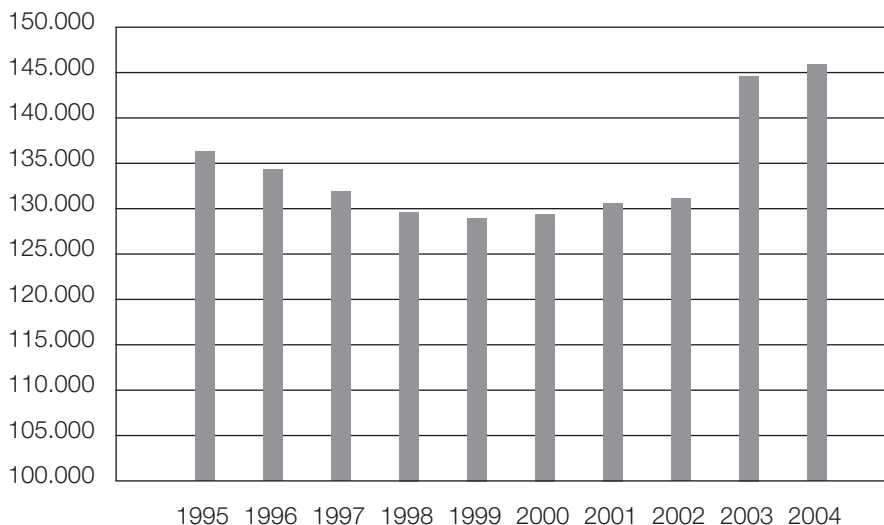
Rechenschaft

2 Städtische Einnahmen und Ausgaben im Überblick

Wie entwickelt sich die Bevölkerung der Landeshauptstadt?

In den 90er Jahren war in Potsdam eine rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahl zu verzeichnen. Seit dem Jahr 2000 sind wieder mehr Potsdamerinnen und Potsdamer zu zählen. Als eine von wenigen Städten in Ostdeutschland hat die Stadt sowohl einen Geburtenüberschuss (mehr Geburten als Sterbefälle) als auch einen positiven Wanderungssaldo (mehr Zuzüge als Wegzüge). Ein zusätzlicher Einwohnerzuwachs ist durch die Gemeindegebietsreform im Oktober 2003 und die damit verbundene Eingemeindung von Teilen des Amtes Fahrland und der Gemeinde Golm zu verzeichnen.

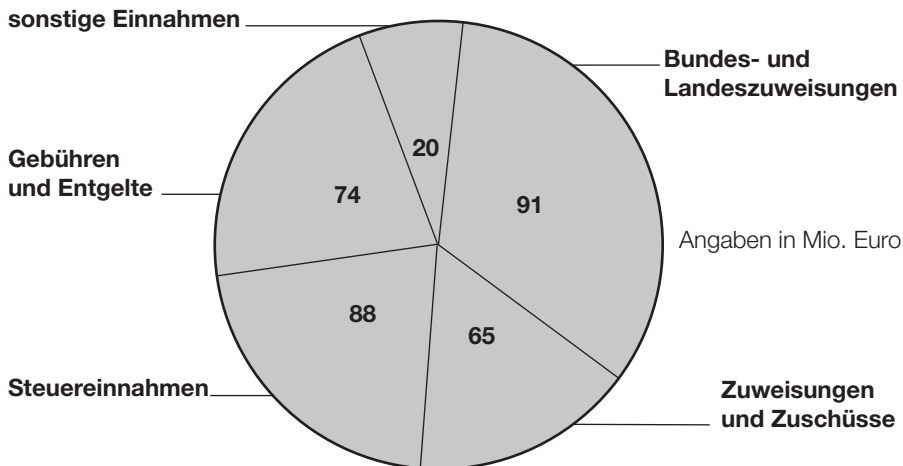
Einwohnerentwicklung in Potsdam seit 1995 ab Oktober 2003 mit den neuen Ortsteilen



Insgesamt hatte Potsdam am 31.12.2004 145.707 Einwohner. Es wird eingeschätzt, dass die Potsdamer Bevölkerung bis 2010 auf 150.000 Einwohner anwachsen wird.

Woher bezieht unsere Stadt ihre Einnahmen?

Die Landeshauptstadt Potsdam erfüllt zum großen Teil Aufgaben, die durch Land und Bund vorgegeben sind. Hierfür erhält sie teilweise Zuweisungen und Zuschüsse (z.B. für Kindertagesstätten oder Wohngeld). Weitere Einnahmen sind eigene Steuern (z.B. Grundsteuer, Hundesteuer, Gewerbesteuer) sowie Gebühren und Entgelte für städtische Dienstleistungen (z.B. Abfallbeseitigung, Wasser, Straßenreinigung).



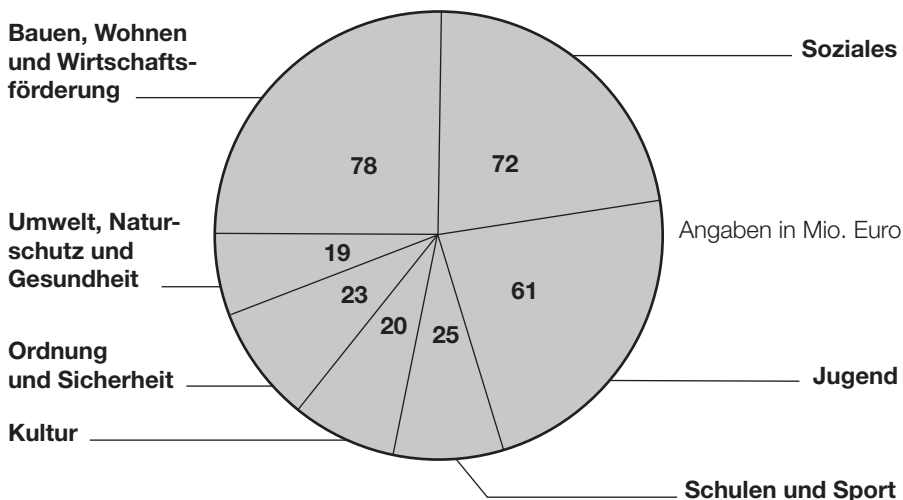
Welche Steuerhebesätze enthält die Haushaltssatzung?

Neben den Einnahmen und Ausgaben werden auch die Steuerhebesätze für die selbst zu erhebenden Steuerarten Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer in der Haushaltssatzung festgesetzt. Mit den Eingemeindungen und den geschlossenen Verträgen zwischen den neuen Ortsteilen und der Landeshauptstadt Potsdam ergeben sich für das Jahr 2006 folgende unterschiedliche Hebesätze im Haushaltsentwurf:

	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer
Potsdam (außer nachstehende Ortsteile)	250 v.H.	493 v.H.	450 v.H.
OT Golm	200 v.H.	350 v.H.	200 v.H.
OT Groß Glienicke	200 v.H.	350 v.H.	350 v.H.
OT Neu Fahrland	200 v.H.	300 v.H.	310 v.H.
OT Satzkorn	200 v.H.	300 v.H.	350 v.H.

Wofür gibt unsere Stadt ihr Geld aus?

Potsdam hat eine Fülle von Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erledigen. Die Stadtverordnetenversammlung hat die schwierige Aufgabe, darüber zu beschließen, für welche Leistungen wie viel Geld zur Verfügung stehen soll. Dabei ist die Stadt jedoch überwiegend an gesetzliche Verpflichtungen gebunden. Der Anteil der Ausgaben für freiwillige Aufgaben (z.B. Kultur) beträgt nur noch 10 Prozent. Die nachfolgende Grafik zeigt die Ausgaben der wichtigsten Aufgabenbereiche:



Wie entwickeln sich die Personalstellen in der Verwaltung?

Der Stellenplan der Stadtverwaltung für 2006 sieht ein Stellenvolumen von 1.748,84 Vollzeiteneinheiten vor. Die Personalkosten wurden seit 1999 von 90,6 Mio. EUR für 2.746,2 Stellen auf 76,7 Mio. EUR im Jahr 2006 gesenkt. Der Stellenabbau erfolgte im Rahmen von Ausgliederungen, so z.B. Übertragung der Kindertagesstätten an Freie Träger, Bildung des Eigenbetriebes „Kommunaler Immobilien Service“, Übertragung der öffentlichen Hallen- und Freibäder an die Bäderlandschaft Potsdam GmbH, eine Tochter der Stadtwerke GmbH, sowie durch organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen.

Der Haushaltsbaum

Der Haushaltsbaum soll ein Symbol für die Geldflüsse in unserer Stadt sein. Der Baum in der freien Natur zieht seine Kraft aus dem verflochtenen Wurzelwerk – das steht für die verschiedenen Einnahmequellen unserer Stadt. Die weite Krone des Baumes mit ihren Ästen und Zweigen symbolisiert die vielfältigen Aufgabenbereiche, in die das Geld fließt.

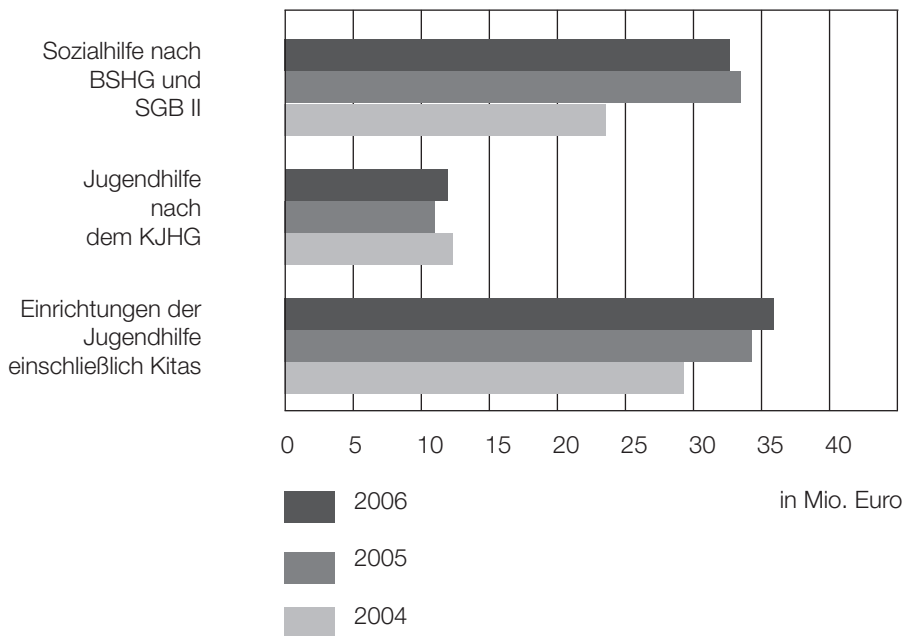


3 Haushalts- und Kennzahlen zu Schwerpunktaufgaben

Soziale Sicherungsleistungen

Die Sozialleistungen der Stadt sind Pflichtleistungen und betragen 2006 insgesamt 85,9 Mio. EUR. Den zu tätigen Leistungen liegen z.B. das Bundessozialhilfegesetz (BSHG), das Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) bzw. das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sowie das Kita-Gesetz des Landes Brandenburg zugrunde. Die größten Leistungsbereiche sind nachfolgend dargestellt. Der dunkelste Balken zeigt jeweils den Wert des Planentwurfes für 2006:

Entwicklung der Zuschüsse



Die Sozialhilfe nach dem BSHG und SGB II umfasst u.a. die Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Grundsicherung sowie die Kosten der Unterkunft. Zur Jugendhilfe nach dem KJHG zählen u.a. die Hilfe zur Erziehung und die Kosten der Heimerziehung. Zu den Einrichtungen der Jugendhilfe zählen u.a. die Jugendclubs, das Bürgerhaus am Schlaatz und v.a. die Kitas.

Kindergärten

Als Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist die Stadt Potsdam zur Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen verpflichtet. Diesen Auftrag nimmt sie vorrangig mit Hilfe von Freien Trägern wahr.

Anzahl der Kindertagesstätten gesamt

	82	
Anzahl der Plätze für Kinderbetreuung gesamt	10 053	Plätze
davon für Tagespflege	150	Plätze

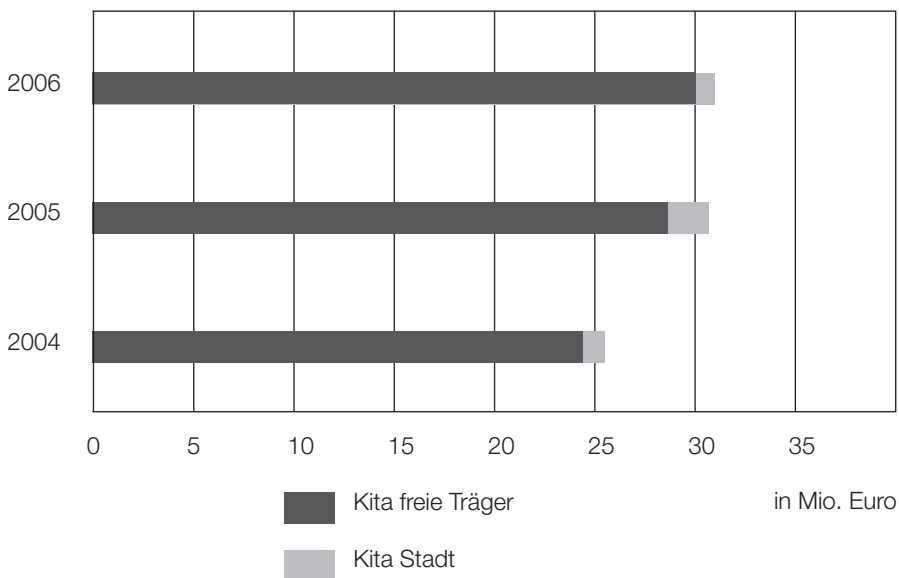
Anzahl der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft

	81	
Anzahl der Plätze gesamt	9 801	Plätze
Vorschulkinder (0 bis Einschulung)	5 553	Plätze
Hortkinder	4 248	Plätze

Anzahl der Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft

	1	
Anzahl der Plätze gesamt	102	Plätze
Vorschulkinder (0 bis Einschulung)	102	Plätze
Hortkinder	0	Plätze

Städtische Zuschüsse an Kindertagesstätten



Ein Kindertagesstättenplatz in freier Trägerschaft wird 2006 mit 3125 EUR jährlich durch die Landeshauptstadt Potsdam bezuschusst.

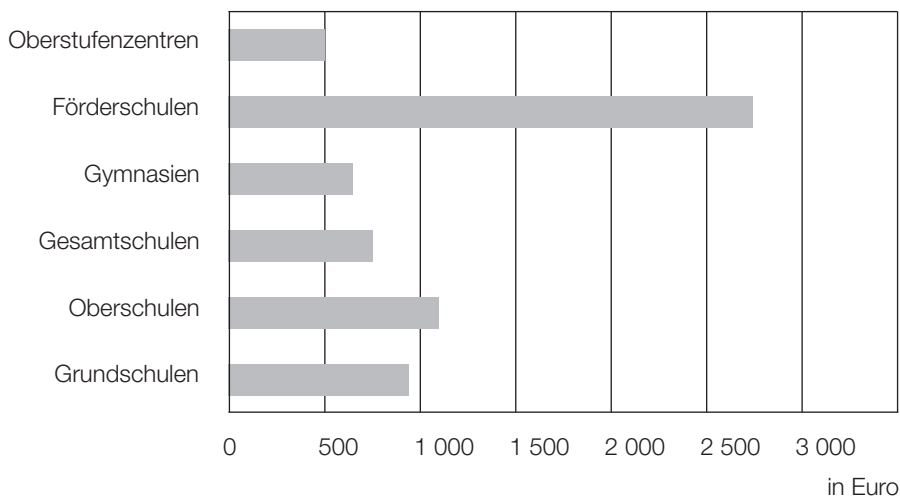
Schulen

Die Landeshauptstadt Potsdam ist als Schulträger für die Schulgebäude und deren Einrichtung zuständig. Ferner ist der Ablauf des Schulbetriebes durch die Stadt sicherzustellen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind Landesbedienstete und werden vom Land Brandenburg bezahlt. Der städtische Zuschuss für die Schulen beträgt 2006 insgesamt 15,3 Mio. EUR (2005: 16,3 Mio. EUR).

Anzahl der Schulen	46
Anzahl der Schüler	21 352

Schularten	Anzahl	Schülerzahlen
Grundschulen	15	4 202
Oberschulen	9	2 570
Gesamtschulen	5	3 436
Gymnasien	5	3 280
Förderschulen und ein Wohnheim	6	718
Oberstufenzentren	3	6 374
Abendschule	1	307
Wohnheim der Oberstufenzentren	1	135
Wohnheim der Spezialschule Sport	1	330

Ausgaben je Schüler

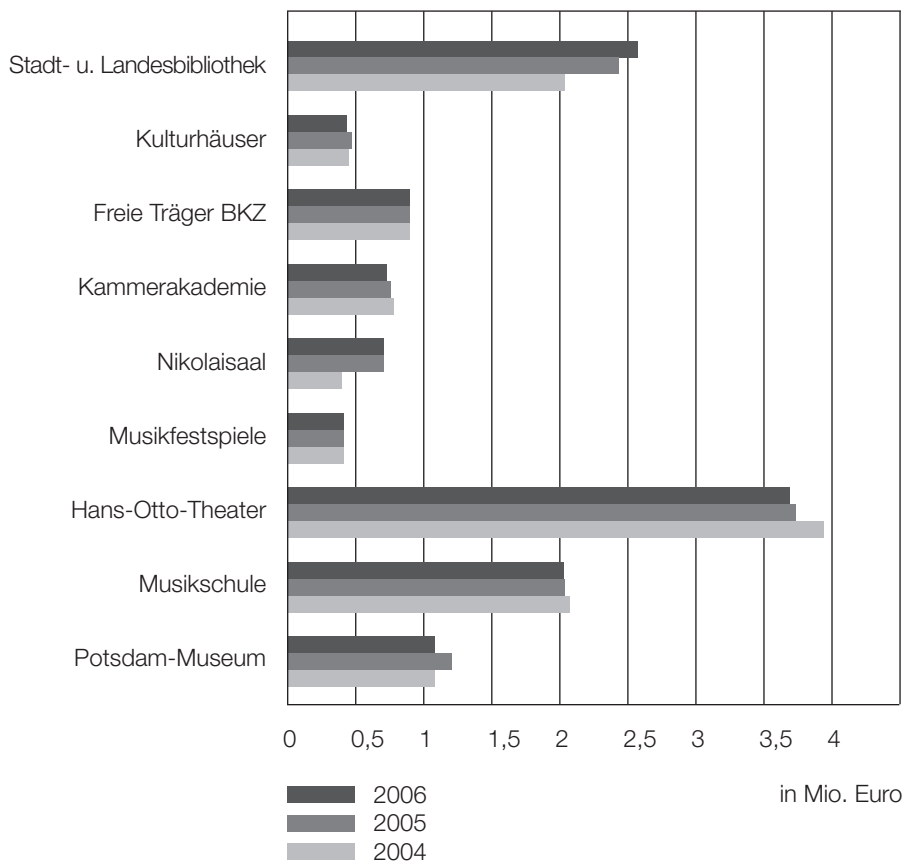


Kultur

Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt in der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg einen herausragenden Platz ein. Neben den preußischen Schlössern und Gärten, dem reichen historischen Erbe, bietet Potsdam ein vielfältiges und interessantes Kultur- und Kunstleben, welches durch die Landeshauptstadt gefördert wird.

Zu den geförderten Einrichtungen gehören das Potsdam-Museum und das Naturkundemuseum, das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, das Hans Otto Theater, die Musikfestspiele Sanssouci und der Nikolaisaal Potsdam, die Kammerakademie Potsdam, die Musikschule, die Stadt- und Landesbibliothek. Die freie Potsdamer Kulturszene wird durch Betriebskostenzuschüsse (BKZ), durch Projektgelder und kostenlose Bereitstellung von Räumen und Gebäuden an Vereine und Verbände unterstützt. Im Jahr 2006 werden die Eröffnung des Neubaus des Hans Otto Theaters und die schrittweise Übergabe von neuen und rekonstruierten Spielstätten an die Freien Träger im Zentrum für Kunst und Soziokultur (ZKS) in der Schiffbauergasse wichtige Höhepunkte sein.

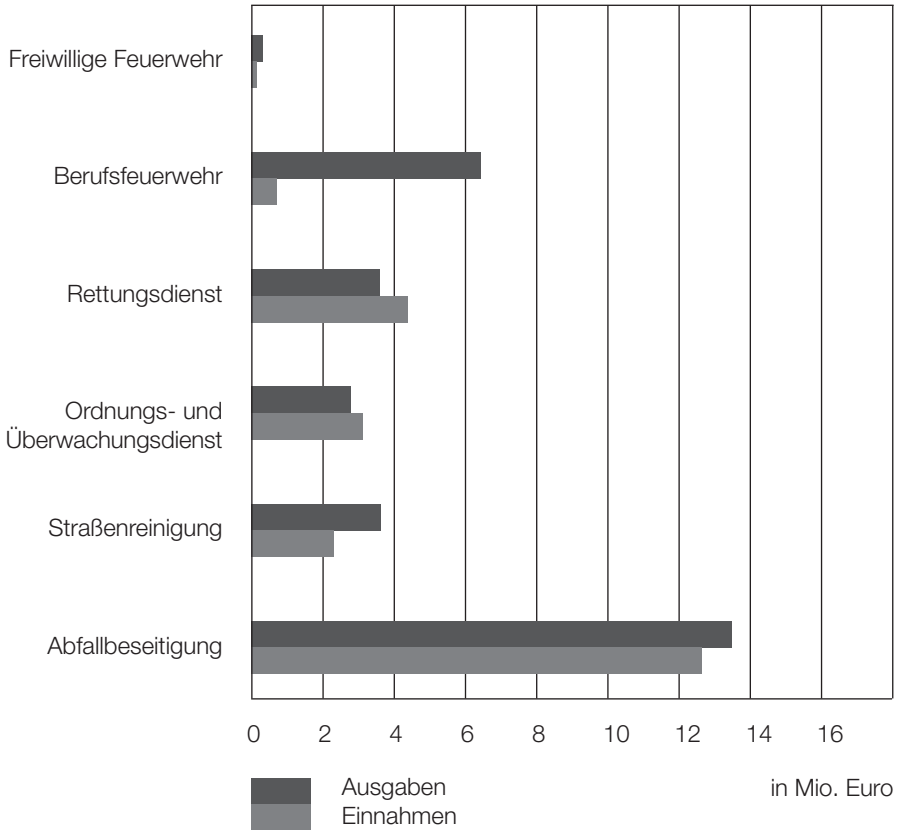
Entwicklung der Zuschüsse



Ordnung und Sicherheit

Für die Ordnung und Sicherheit in der Landeshauptstadt Potsdam sorgen eine Berufsfeuerwehr und 15 freiwillige Feuerwehren, der Rettungsdienst, der Ordnungs- und Überwachungsdienst u.a. mit der Bußgeldstelle, die Straßenreinigung und die Abfallbeseitigung.

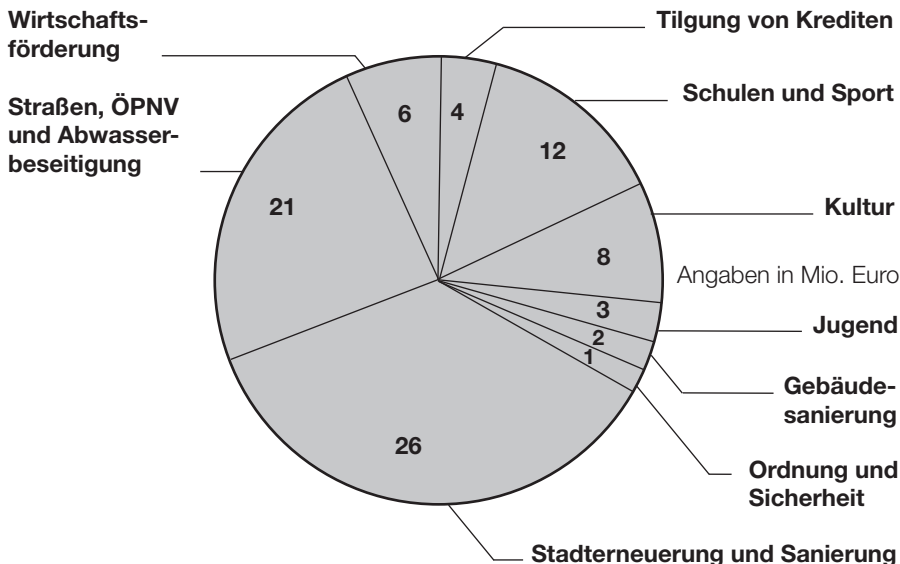
Nachfolgend werden die Einnahmen und Ausgaben für 2006 dargestellt:



4 Investitionen und Schulden

In welchen Bereichen des städtischen Lebens sind Investitionen vorgesehen?

Der Vermögenshaushalt hat 2006 ein Volumen von 85,8 Mio. EUR, das sich im Wesentlichen auf folgende Kernbereiche aufteilt:



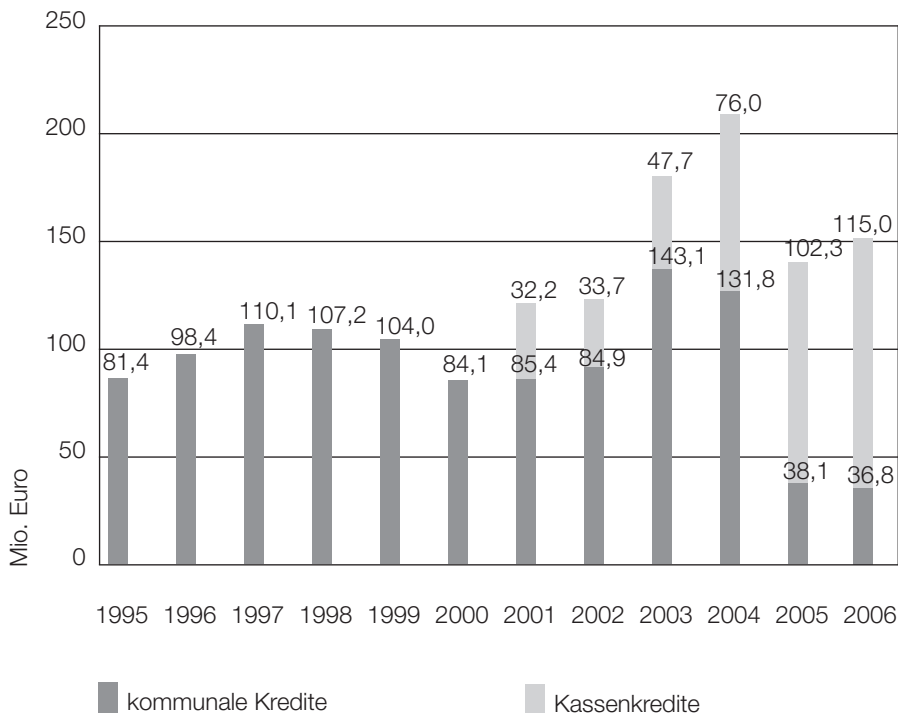
Darunter finden Sie folgende ausgewählte Vorhaben (in TEUR):

Sanierungsmaßnahmen diverser Sanierungsgebiete	25 657
Gemeindestraßen	10 244
Zuschuss Technologie Center	5 690
Neubau Hans Otto Theater	4 400
Oberstufenzentrum II	3 200
Sanierung Schulen	3 190
Öffentlicher Personennahverkehr – Investitionszuschuss	3 000
Gemeindestraßen neue Ortsteile	2 913
Investition Ganztagssschulen	2 790
Sanierung Kanuzentrum	2 469
Sanierungsmaßnahme Lindenstraße 54/55	1 266
Hauptfeuerwache	1 000
Sanierung Kindertagesstätten	845
Campus am Stern	645
Sanierung „Treffpunkt Freizeit“	600

Wie viele Schulden hat die Landeshauptstadt?

Die Schulden der Landeshauptstadt Potsdam setzen sich aus langfristigen Darlehen und Kassenkrediten zusammen. Der Kassenkredit ist der „Dispositionskredit“ der Stadtkasse. Er kann am Jahresanfang in seiner Höhe noch nicht genau benannt werden. Daher wird in der Haushaltssatzung ein Höchstbetrag festgelegt, der aufgenommen werden kann. Der Schuldenstand im Haushaltsplan stellt die Zahlungsverpflichtungen aus den langfristigen Kreditaufnahmen dar.

Nachfolgend sind die Schulden der Stadt, getrennt nach kommunalen Krediten und Kassenkrediten seit 1995 abgebildet:



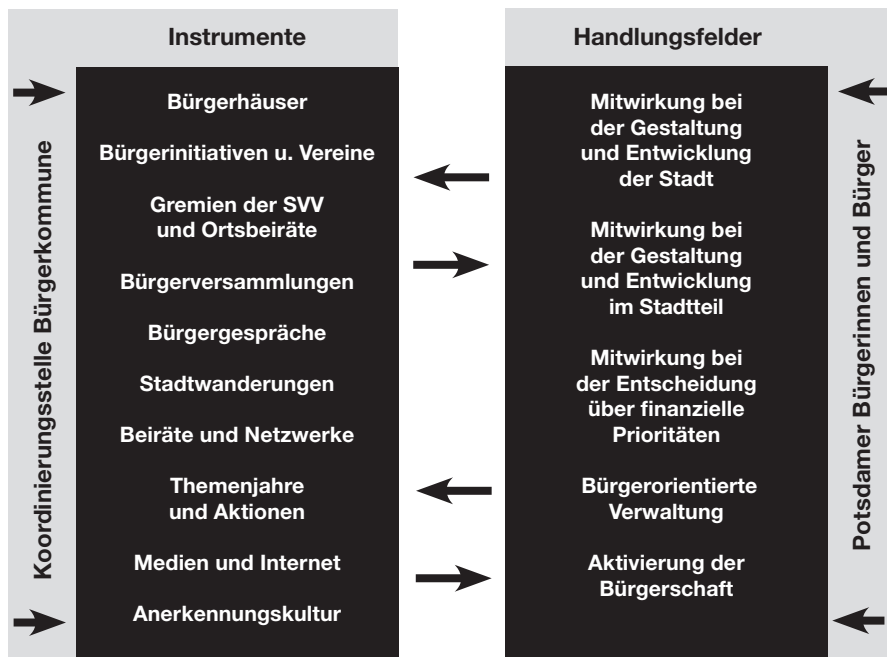
Im Jahr 2003 resultiert der erhebliche Anstieg der kommunalen Kredite um 59,2 Mio. EUR aus der Eingemeindung von Gemeinden des Amtes Fahrland und der Gemeinde Golm. Mit der Gründung des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilienservice wurden diesem ab 01.01.2005 insgesamt 89,5 Mio. EUR der Schulden der Landeshauptstadt Potsdam zugeordnet.

Ein Abbau der Schulden aus kommunalen Krediten seit 2003 ist deutlich erkennbar, leider aber auch der Anstieg der notwendigen Kassenkredite seit 2001. Die Kassenkredite sind auch deshalb notwendig, da z.B. große Einnahmeposten der Stadt, wie die Schlüsselzuweisungen des Landes und die Gemeindeanteile an der Einkommen und Umsatzsteuer vierteljährlich eingehen, aber z.B. Sozialausgaben und Personalkosten monatlich gezahlt werden müssen.

5 Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune

In einer Bürgerkommune verstehen sich die Bürgerinnen und Bürger als Teilhaber am Gemeinwesen, identifizieren sich mit ihrer Stadt und setzen sich für deren Entwicklung ein. Bürgerkommune zielt auf eine bürgerorientierte Verwaltung, auf Information, auf die Schaffung umfangreicher Beteiligungsmöglichkeiten und auf transparentes Verwaltungs- und Politikhandeln. Bürgerkommune ist vor allem ein Prozess, bei dem sich Verwaltung, Politik, Bürger und Vereine stärker noch als bisher aufeinander zu bewegen. Letztlich geht es um eine hohe Zufriedenheit der Bürger.

Wie die Bürgerkommune Potsdam ausgestaltet werden soll, wo und wie sich Bürgerinnen und Bürger einbringen können ist im Entwurf des "Leitfadens für die Bürgerkommune Potsdam" nachzulesen und soll Anfang des nächsten Jahres auch öffentlich in einer Bürgerversammlung diskutiert werden:



Haben Sie Fragen zum Thema Bürgerkommune und Bürgerhaushalt?

Haben Sie Vorschläge zu diesen Themen?

Ansprechpartner :

Sven Heise, Telefon: 0331 289-1120 und Sibylle Strotzer, Telefon: 0331 289-1126

FAX: 0331 289-841126

E-Mail-Adresse: Buergerkommune@Rathaus.Potsdam.de

Internet: www.potsdam.de/buergerkommune